

Der Antrag ist zu richten an:
lez@nord-sued-bruecken.de

Stiftung Nord-Süd-Brücken
Greifswalder Str. 33a
10405 Berlin

Antrag auf Bewilligung einer Zuwendung zur Durchführung von entwicklungspolitischen Maßnahmen bzw. Projekten

Die Angaben zur antragstellenden Organisation müssen den Angaben in der [Transparenzdatenbank des Landes Berlin](#) entsprechen

Registriernummer für Zuwendungen¹ aus der Transparenzdatenbank SenFin:	<input type="text"/>				
Organisation:	<input type="text"/>				
Anschrift:	<input type="text"/>				
PLZ:	<input type="text"/>	Ort:	<input type="text"/>		
Ansprechperson:	<input type="text"/>				
Telefon:	<input type="text"/>				
Mail:	<input type="text"/>	Website:	<input type="text"/>		
Projekttitle:	<input type="text"/>				
Projektbeginn²:	<input type="text"/>	Projektende:	<input type="text"/>		
Das Projekt hat bereits begonnen:	<input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> ja			
Vorzeitiger Maßnahmenbeginn:	<input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> ja, zum	<input type="text"/>		
Wenn ja, bitte begründen:	<input type="text"/>				
Kontinent:	<input type="text"/>	Projektland:	<input type="text"/>	Sektor	<input type="text"/>

Wir beantragen eine Zuwendung zur Projektförderung von der LEZ in Höhe von	Jahr	<input type="text"/>	<input type="text"/>
(bitte Zahlen aus Anlage 1 Finanzierungsplan übernehmen und ohne Kommastellen eingeben)	Jahr	<input type="text"/>	<input type="text"/>
	Jahr	<input type="text"/>	<input type="text"/>

- 1 Das Land Berlin vergibt für seine Zuwendungsempfänger zentrale Registriernummern. Diese setzt sich bei in Berlin ansässigen Vereinen aus dem Kürzel „vr_“ und der Vereinsregisternummer zusammen. Bitte schauen Sie in den Vereinsregisterauszug, falls Sie die Nummer nicht wissen. Vereine oder Religionsgemeinschaften, die nicht ins Berliner Vereinsregister eingetragen sind, müssen die Nummer vorab bei der Senatsverwaltung für Finanzen per Email formlos beantragen (registrierung@senfin.berlin.de). Bitte geben Sie Name und Adresse in der Mail an.
- 2 Bitte wählen Sie den Projektzeitraum so, dass alle Ausgaben und Einnahmen des Projekts innerhalb der Projektlaufzeit liegen.

1. Angaben zur antragstellenden Organisation

1.1. Selbstdarstellung der antragstellenden Organisation

(u.a. finanzielle Situation, z.B. Spendenaufkommen, bisherige Aktivitäten, Erfahrungen in der entwicklungspolitischen Projektarbeit mit Schulen, in der Projektarbeit im Globalen Süden) (maximal 2.500 Zeichen)

1.2. Selbstauskunft MDO

Versteht sich Ihre Organisation als eine migrantisch-diasporische Organisation? (d.h. das Entscheidungsgremium und/oder die Anzahl der Mitglieder Ihrer Organisation bestehen mindestens zur Hälfte aus Personen mit Migrationsbiografie aus Ländern der DAC-Liste?)

Nein Ja

1.3. Soll die Zuwendung an Dritte weitergeleitet werden?

Nein. Die antragstellende Organisation erhält die Zuwendung. Ja, die Zuwendung soll weitergeleitet werden. Aus folgendem Grund an:

1.4. Folgende Personen sind zur rechtsgeschäftlichen Vertretung berechtigt:

1.5. Es wird folgende Buchführung angewandt

einfache Einnahme- u. Ausgabebuchführung doppelte kaufmännische Buchführung

1.6. Die Buchhaltung und Kasse wird geführt von

hauptamtlichen Mitarbeitenden ehrenamtlichen Mitarbeitenden freien Mitarbeitenden/Honorarkräften

1.7. Das Jahresergebnis wird durch

eine Bilanz eine Einnahmen- und Ausgabenübersicht dargestellt.

1.8. Die Prüfung des Jahresergebnisses erfolgt durch

eine eigene Einrichtung fremde Revisoren (z.B. Wirtschaftsprüfungsgesellschaft)
Wenn ja, welche?

1.9. Vorsteuerabzugsberechtigung gemäß § 15 Umsatzsteuergesetz

besteht. Die Einnahmen & Ausgaben enthalten keine MwSt. besteht teilweise, zu Prozent. besteht nicht.

2. Projektangaben

2.1. Projektkurzbeschreibung und -Ziele

Die Texte für „Projektkurzbeschreibung“ und „Projektziele“ sollten zusammen eine max. Gesamtlänge von 3.400 Zeichen nicht überschreiten. Beide werden in der Projektdatenbank auf der [Website der Stiftung Nord-Süd-Brücken](#) veröffentlicht und dienen als Grundlage für Veröffentlichungen der Landesstelle für Entwicklungszusammenarbeit (z.B. in Projektbroschüren)

Projektkurzbeschreibung:

Projektziele:

Projektpartner:innen:

2.2. Berlinbezug

Die Projektmaßnahmen werden ausschließlich in Berlin durchgeführt bzw. die erreichten Zielgruppen befinden sich ausschließlich in Berlin.

Ja. Nein. Nein, teils auch in folgenden anderen Bundesländern:

Bitte erläutern Sie den Berlinbezug des Projektes:

2.3. Kinder- und Jugendschutz

Werden mit dem Projekt Kinder und Jugendliche (unter 18 Jahren) als direkte Zielgruppe angesprochen oder werden Multiplikator:innen ausgebildet, die mit Kindern und Jugendlichen arbeiten?

Nein.

Ja: Eine Kinder- und Jugendschutzrichtlinie (KJRL) der antragstellenden Organisation liegt dem Antrag als Anhang bei.

Eine KJRL wird umgehend nachgereicht. Diese muss spätestens zur Ausstellung des Bescheides vorliegen.

Unsere Kinder- und Jugendschutzrichtlinie ist auf unserer Webseite veröffentlicht.

Ja, unter folgendem Link:

Nein, aus folgendem Grund:

3. Finanzierung des Projektes

3.1. Projekteinnahmen

Eigenmittel Ja Nein

Falls nein: Bitte begründen:

Für den gleichen Zweck wurden/werden bei folgenden öffentlichen und nichtöffentlichen Stellen Mittel beantragt:

Stelle	Jahr	Höhe der beantragten Mittel in €	Davon bereits bewilligt in € Antrag ist beigefügt (Nachweis beifügen)	<input type="checkbox"/> Ja	<input type="checkbox"/> Nein
<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

3.2. Projektausgaben

Personalausgaben Ja Nein

Falls ja: Werden die Gesamtausgaben der antragstellenden Organisation überwiegend (mehr als 50%) aus öffentlichen Zuwendungen bestritten? Ja Nein

Falls ja: Es werden den Beschäftigten höhere Vergütungen oder Löhne (einschl. sonstiger über- oder außertariflicher Leistungen) als vergleichbaren Dienstkräften im unmittelbaren Landesdienst Berlins gezahlt: Ja Nein

Bitte reichen Sie als Anlagen einen **Stellenplan** (nach Excel-Datei-Vorlage) mit allen im Projekt beantragten Stellen bei, ebenso wie eine **Stellenbeschreibung** mit den Aufgaben und notwendigen Qualifikationen für jede beantragte Personalstelle.

3.3. Kontoverbindung

Die Zuwendung soll auf folgendes Konto überwiesen werden:

Kontoinhaber:in:

Name der Bank:

IBAN:

BIC:

Ich versichere/wir versichern, dass die beantragten Mittel im Falle der Bewilligung wirtschaftlich und sparsam verwendet werden und die vorstehenden Angaben einschließlich der Angaben im Finanzierungsplan und in den sonstigen beigefügten Anlagen richtig und vollständig sind.

Der/dem Antragsteller:in sind unter Hinweis auf die Strafbarkeit des Subventionsbetruges die subventionserheblichen Tatsachen im Sinne des §264 StGB bekannt.

Einwilligung Veröffentlichung

Wir erklären unsere Einwilligung dazu, dass im Zusammenhang mit der von uns oben beantragten Zuwendung im Falle einer Bewilligung unser Name und unsere Postanschrift sowie Art, Höhe und Zweck der Zuwendungen auf der Internetseite der für die Entwicklungszusammenarbeit zuständigen Senatsverwaltung und der Stiftung Nord-Süd-Brücken veröffentlicht werden.

Die Veröffentlichung von meinem Namen und der Postanschrift soll unterbleiben, weil ein besonders schutzwürdiges Interesse vorliegt. Begründung:

Mindestlohn

Ich/Wir verpflichte/n mich/uns, allen Arbeitnehmer:innen nach der aktuell gültigen Gesetzeslage ein Stundenentgelt mindestens in Höhe des jeweils gültigen **Mindestlohns im Land Berlin** zu zahlen. Arbeitnehmer:innen sind im Sinne des § 3 Mindestlohngesetz für das Land Berlin (Landesmindestlohngesetz – LMiLoG Bln) diejenigen, die sich durch einen privatrechtlichen Vertrag verpflichtet haben, in sozialversicherungspflichtiger Form oder als geringfügig Beschäftigte gegen Entgelt Dienste zu leisten, die in unselbstständiger Arbeit im Inland erbracht werden.

Förderhinweis

Ich/Wir verpflichte/n mich/uns, bei allen mit den geförderten Maßnahmen in Verbindung stehenden Veröffentlichungen in deutlich sichtbarer Weise zum Ausdruck zu bringen, dass die Maßnahmen mit Haushaltsmitteln des Landes Berlin – Landesstelle für Entwicklungszusammenarbeit bzw. Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe – gefördert wurden. Hierfür verwende ich/wir das aktuelle **Logo der LEZ** bzw. der SenWEB zu verwenden.

Transparenzdatenbank Land Berlin

Mit dem beigefügten Auszug aus der Transparenzdatenbank (Screenshot der Webseite) bestätige ich/bestätigen wir, dass die nachfolgend genannten Angaben in der Transparenzdatenbank eingetragen sind: **bei gemeinnützigen juristischen Personen:** Name, Anschrift, E-Mail-Adresse, Sitz, Rechtsform, Gründungsjahr, Datum der Gemeinnützigkeitsbescheinigung, Entscheidungsträger, Tarifgebundenheit bzw. Art der Arbeitsverträge.

Datenschutzerklärung

Ich/wir willige/n ein, dass meine/unsere personen- und projektbezogenen Daten im Rahmen des gesamten Förderverfahrens von der Stiftung Nord-Süd-Brücken entsprechend des Art.6 Abs.1 lit. a) (Rechtmäßigkeit der Verarbeitung) EU-DSGVO elektronisch gespeichert und verarbeitet und an die Landesstelle für Entwicklungszusammenarbeit des Landes Berlin sowie ggf. weitere Landesbehörden und öffentliche Stellen weitergereicht werden dürfen.

Ja nein

Mir/uns ist bekannt, dass ich/wir das Recht habe/n, die Einwilligung jederzeit zu widerrufen. Der Widerruf ist zu richten an: Stiftung Nord-Süd-Brücken, Greifswalder Str. 33a, 10405 Berlin.

Die Rechtmäßigkeit der Datenverarbeitung bis zum Zeitpunkt des Widerrufs bleibt erhalten. Bis zum Widerruf werden meine/unsere personenbezogenen Daten gespeichert.

Mir/uns ist bekannt, dass ein Recht auf Auskunft über die betreffenden personenbezogenen Daten sowie auf Berichtigung oder Löschung oder auf Einschränkung der Verarbeitung oder ein Widerspruchsrecht gegen die Verarbeitung sowie das Recht auf Datenübertragung besteht, sofern die Voraussetzungen der Art.13 Abs.2 (Informationspflicht bei Erhebung von personenbezogenen Daten bei der betroffenen Person) i.V.m. Art.15 (Auskunftsrecht der betroffenen Person, Recht auf Berichtigung, Recht auf Löschung, Einschränkung der Verarbeitung etc.) bis 21 (Widerspruchsrecht) EU-DSGVO erfüllt sind.

Ich/wir erklären, personenbezogene Daten unserer Mitarbeitenden oder von weiteren Projektbeteiligten nur in datenschutzrechtlich zulässiger Weise zu übermitteln.

Datum	Ort	Name der zeichnungsberechtigten Person/-en in Druckbuchstaben:
<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>
		Unterschrift/en der o.g. Person/en:
		<input type="text"/>

4. Checklisten Anlagen

4.1. Projektbezogene Anlagen

Bitte ergänzen Sie den vorliegenden Antrag um die folgenden Anlagen:

Anlage 1 Finanzierungsplan:

- Ausgaben- und Einnahmenplan Inland – einjährig, zweijährig oder dreijährig
- Ausgaben- und Einnahmenplan EZ – einjährig oder zweijährig

Anlage 2 Projektbeschreibung:

- Projektbeschreibung für Bildungs- /Inlandsprojekte
- Projektbeschreibung für Kleinförderungen (bis 4.000 € Fördersumme)
- Projektbeschreibung für Projekte im Globalen Süden
- eine Projektbeschreibung/ Antragsformular eines anderen Förderprogramms, das als äquivalent im LEZ NRO-Programm anerkannt wird, nämlich

Als weitere Anlagen sind diesem Antrag beigefügt:

- Stellenplan** für alle beantragten Personalstellen
- Stellenbeschreibungen** für jede beantragte Personalstelle (Eingruppierung und Tarifvertrag angeben!)
- Anträge (inkl. Finanzierungsplan) in Kopie, die bei anderen Zuwendungsgebern eingereicht wurden.
- Finanzierungsnachweise anderer Stellen in Kopie (wenn bereits bewilligt)

4.2. Anlagen zur Antragstellenden Organisation

Bitte ergänzen Sie den Antrag um folgende notwendige Anlagen:

- Auszug über **aktuelle Angaben Transparenzdatenbank** des Landes Berlin als Ausdruck der Webseite (unter [diesem Link](#) kann der Eintrag gesucht und ausgedruckt werden)
- Kinder- und Jugendschutzrichtlinie** der antragstellenden Organisation
- Ausgefüllte **Erklärung gemäß § 3 (1) der Leistungsgewährungsverordnung (LGV)** – Aktive Förderung der Beschäftigung von Frauen und der Vereinbarkeit von Beruf und Familie siehe Anhang Seite 8 dieses Formulars
- Zeichnungsberechtigung/Vollmacht für nicht im Registerauszug genannte Personen

Folgende Anhänge sind nur bei Erstantragstellung einzureichen, oder wenn die Dokumente aktualisiert worden sind:

- Satzung, Statute etc. der antragstellenden Organisation (sofern diese noch nicht vorliegt oder aktualisiert wurde)
- Kopie des Vereinsregisterauszuges (sofern dieser noch nicht vorliegt oder aktualisiert wurde)
- Kopie des Gemeinnützigkeitsbescheides (sofern dieser noch nicht vorliegt oder aktualisiert wurde)

Hinweis zum Ausfüllen dieses Formulars:

Bitte speichern Sie die Datei nach dem Ausfüllen zuerst unter einem sinnvollen Namen (z.B. LEZ-Organisationsname-Projektbezeichnung.pdf). Bitte senden Sie uns die PDF-Datei gemeinsam mit allen Anlagen elektronisch zu an: lez@nord-sued-bruecken.de. Bitte fügen Sie die Dateien NICHT in ein pdf zusammen, sondern belassen Sie diese als einzelne Dateien.

Antrag auf Bewilligung einer freiwilligen Leistung

Anlage: Erklärung gemäß § 3 Absatz 1 der Leistungsgewährungsverordnung (LGV)

Hiermit erkläre(n) ich/ wir Folgendes:
 - Zutreffendes bitte ankreuzen –

A. Anwendbarkeit von § 14 Absatz 1 des Landesgleichstellungsgesetzes (LGG)

Bei dem/der Leistungsempfangenden sind in der Regel mehr als 10 Arbeitnehmer/-innen¹⁾ beschäftigt (ausschließlich der zu ihrer Berufsbildung Beschäftigten)

Ja

Nein (keine weiteren Angaben erforderlich)

B. Falls ja, bitte folgende weitere Angaben:

I. Beschäftigtenzahl¹⁾

Bei dem/der Leistungsempfangenden sind in der Regel beschäftigt:

über 500 Beschäftigte (gemäß § 4 Absatz 2 Nr. 1 LGV sind drei der in § 4 Absatz 1 LGV genannten Maßnahmen zur Förderung von Frauen und/oder der Vereinbarkeit von Beruf und Familie auszuwählen, davon mindestens eine Maßnahme der Nummern 1 bis 6)	<input type="checkbox"/>
über 250 bis 500 Beschäftigte (gemäß § 4 Absatz 2 Nr. 2 LGV sind drei der in § 4 Absatz 1 LGV genannten Maßnahmen zur Förderung von Frauen und/oder der Vereinbarkeit von Beruf und Familie auszuwählen)	<input type="checkbox"/>
über 20 bis 250 Beschäftigte (gemäß § 4 Absatz 2 Nr. 3 LGV sind zwei der in § 4 Absatz 1 LGV genannten Maßnahmen zur Förderung von Frauen und/oder der Vereinbarkeit von Beruf und Familie auszuwählen)	<input type="checkbox"/>
über 10 bis 20 Beschäftigte (gemäß § 4 Absatz 2 Nr. 4 LGV ist eine der in § 4 Absatz 1 Nummer 1 bis 20 LGV genannten Maßnahmen zur Förderung von Frauen und/oder der Vereinbarkeit von Beruf und Familie auszuwählen)	<input type="checkbox"/>

¹⁾ Bei der Feststellung der Beschäftigtenzahl ist § 23 Absatz 1 Satz 4 des Kündigungsschutzgesetzes zu berücksichtigen.

II. Maßnahmen zur Frauenförderung und/oder zur Förderung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie

Ich/Wir verpflichte(n) mich/uns zur Durchführung oder Einleitung folgender Maßnahme(n) gemäß § 4 Absatz 1 LGV:

1.	Umsetzung eines qualifizierten Frauenförderplans	<input type="checkbox"/>
2.	Verbindliche Zielvorgaben zur Erhöhung des Frauenanteils an den Beschäftigten in allen Funktionsebenen	<input type="checkbox"/>
3.	Erhöhung des Anteils der weiblichen Beschäftigten in gehobenen und Leitungspositionen	<input type="checkbox"/>
4.	Erhöhung des Anteils der Vergabe von Ausbildungsplätzen an Bewerberinnen	<input type="checkbox"/>
5.	Berücksichtigung von weiblichen Auszubildenden bei der Übernahme in ein Arbeitsverhältnis zumindest entsprechend ihrem Ausbildungsanteil	<input type="checkbox"/>
6.	Einsetzung einer Frauenbeauftragten	<input type="checkbox"/>
7.	Überprüfung der Entgeltgleichheit bei den Leistungsempfangenden mittels anerkannter und geeigneter Instrumente	<input type="checkbox"/>
8.	Angebot von Praktikumsplätzen für Mädchen und junge Frauen, insbesondere in Berufen, in denen Frauen unterrepräsentiert sind	<input type="checkbox"/>
9.	Teilnahme an anerkannten und geeigneten Maßnahmen und Initiativen, die Mädchen und junge Frauen für männliche dominierte Berufe interessieren sollen	<input type="checkbox"/>

10.	Spezielle Bildungsmaßnahmen nur für Frauen, die zur Erreichung qualifizierter Positionen befähigen sollen	<input type="checkbox"/>
11.	Bereitstellung der Plätze bei sonstigen Bildungsmaßnahmen für Frauen zumindest entsprechend ihrem Anteil an den Beschäftigten	<input type="checkbox"/>
12.	Bereitstellung der Plätze bei externen, vom Leistungsempfangenden finanzierten Bildungsmaßnahmen für Frauen zumindest entsprechend ihrem Anteil an den Beschäftigten	<input type="checkbox"/>
13.	Bevorzugte Berücksichtigung von Frauen beim beruflichen Aufstieg nach erfolgreichem Abschluss einer in- oder externen Bildungsmaßnahme	<input type="checkbox"/>
14.	Angebot flexibler, den individuellen Bedürfnissen entsprechender Gestaltung der Arbeitszeit	<input type="checkbox"/>
15.	Angebot alternierender Telearbeit	<input type="checkbox"/>
16.	Möglichkeit befristeter Teilzeitarbeit, vorzugsweise vollzeitnah, mit Rückkehroption in eine Vollzeitarbeit, auch in Führungspositionen	<input type="checkbox"/>
17.	Kontakthalteangebote, Möglichkeit zur Teilnahme an Fortbildungen, zu Vertretungseinsätzen und Rückkehrvereinbarungen für Beschäftigte in Elternzeit	<input type="checkbox"/>
18.	Bereitstellung in- oder externer Kinderbetreuung, auch für Arbeitszeiten außerhalb der üblichen Öffnungszeiten der regulären Kinderbetreuung	<input type="checkbox"/>
19.	Bereitstellung geeigneter Unterstützung und Flexibilität am Arbeitsplatz für Beschäftigte, die Erziehungs- und Pflegeaufgaben wahrnehmen	<input type="checkbox"/>
20.	Umwandlung geringfügiger Beschäftigungsverhältnisse in mindestens Teilzeitarbeitsplätze	<input type="checkbox"/>
21.	Vermeidung einer überproportionalen Verringerung des Frauenanteils an der Gesamtzahl der Beschäftigten bei Personalabbaumaßnahmen	<input type="checkbox"/>

III. (Erforderlichenfalls anzugeben) Antrag zur Befreiung von der Verpflichtung zur Durchführung von Maßnahmen zur Frauenförderung und/oder zur Förderung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie

Von der Verpflichtung zur Durchführung von den unter II. aufgeführten Maßnahmen beantrage ich die Befreiung, da die Beschäftigung von Männern aus rechtlichen oder tatsächlichen Gründen aus nachfolgenden Gründen unabdingbar ist:
 Begründung:

Mir/Uns ist bekannt, dass Falschangaben im Rahmen dieser Erklärung oder die Nichterfüllung der Auflage gemäß § 3 Absatz 1 LGV zum Widerruf oder zur Rücknahme der gewährten Leistung führen können.

(Datum, Unterschrift, Stempel)